Gesundheit Berlin-Brandenburg Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung

6		1
	J	

Protokoll AK Kind und Familie		
vom 04. September 2015 bei Gesundheit Berlin-Brandenburg		
AK-Sprecher/innen	Prof. Dr. Raimund Geene und Ingrid Papies-Winkler	
Protokoll	Yannick Liedholz, Nancy Ehlert, Gesundheit Berlin-Brandenburg	
Anlage	1) TN-Liste	
	2) Präsentation Intensive Familiengruppe Mara	
	3) Handout Eltern Programm Schatzsuche	
	4) Weiterbildungsmodule Schatzsuche 2015	
	5) Bericht LGK-Gesundheitsforum	

TOP 1 Begrüßung und aktuelle Entwicklungen

Raimund Geene und Ingrid Papies-Winkler begrüßen die Teilnehmenden (TN-Liste siehe Anlage 1). Ingrid Papies-Winkler ist nun als zweite Sprecherin des AK Kind und Familie bei den Sitzungen beteiligt. Raimund Geene berichtet, dass am 25. Juli 2015 das erste Präventionsgesetz (PrävG) in Kraft getreten ist.

TOP 2 Vorstellung des Projektes "Intensive Familiengruppe Mara"

Annett Maskow präsentiert als Koordinatorin das teilstationäre Angebot "Intensive Familiengruppe Mara" von Stützrad gGmbH (Anlage 2).

Die "Intensive Familiengruppe Mara" schließt seit mehreren Jahren die Lücke zwischen stationären Mutter-Kind-Einrichtungen und ambulanten Familienhilfen. Sie richtet sich an Mütter und Väter mit Säuglingen im ersten Lebensjahr. Diese können an bis zu fünf Tagen in der Woche in die Familiengruppe kommen und erhalten dort Unterstützung z.B. bei der Versorgung und Pflege ihres Kindes oder bei der Organisation von behördlichen Angelegenheiten. Die Öffnungszeiten sind von 9 bis 15 Uhr. Zudem gibt es ein 24 h-Krisentelefon.

Die Indikatoren für eine Aufnahme in die Familiengruppe sind u.a.: Probleme bei der Versorgung und Pflege des Kindes, psychische und körperliche Belastungen im Wochenbett und in den ersten Monaten mit dem Kind, Defizite in der Wahrnehmung eigener und fremder Bedürfnisse sowie ein Mangel an unterstützenden sozialen Netzwerken. Ausschlusskriterien sind dagegen eine unbehandelte akute psychiatrische Erkrankung oder eine dauerhafte Überforderung im eigenen Haushalt. Der Fokus des teilstationären Angebotes liegt neben der alltagspraktischen Unterstützung vor allem auf dem Aufbau und der Stärkung der Eltern-Kind-Beziehung. Dazu gehört auch ein wöchentlicher Hausbesuch in der Familie.

Die Finanzierung der Familiengruppe erfolgt als Hilfe zur Erziehung gemäß § 27.2 SGB VIII. Insgesamt wird das Projekt deutlich besser angenommen als anfangs erwartet. Aufgrund des hohen Bedarfes wird bald ein zweiter Standort im Süden von Berlin eröffnet. Für die Zukunft wünscht sich Frau Maskow noch eine intensivere Zusammenarbeit mit den psychiatrischen Kliniken und Ambulanzen.

Die "Intensive Familiengruppe Mara" bietet fünf Plätze an. Der Bedarf ist allerdings wesentlich höher. Es gibt momentan eine Warteliste. Durch einen zweiten Standort soll der Bedarf im Süden Berlins gedeckt werden. Bislang war für die Familien dort der Anfahrtsweg zu weit.



TOP 3: Kurzvortrag zum Eltern-Programm Schatzsuche

Jennifer Nickel stellt das Eltern-Programm Schatzsuche vor (Anlage 3). Es ist ein Programm zur Förderung des seelischen Wohlbefindens von Kindern in der Kita. Es orientiert sich an der Devise: "Stärken stärken. Schwächen schwächen." Der Blick der Erwachsenen soll sich auf die Stärken und Schutzfaktoren der Kinder richten, um so ihr seelisches Wohlbefinden zu fördern. Dabei soll auch der Spaß an Erziehungsaufgaben gefördert und eine vertrauensvolle Kommunikation zwischen Erzieher/innen und Eltern aufgebaut werden.

Die "Schatzsuche" besteht aus drei Bausteinen:

- Eine sechstägige Weiterbildung für Kitaleitungen bzw. Erzieher/innen
 In einer sechstägigen Weiterbildung (über mehrere Wochen verteilt) sollen die Fachkräfte das Eltern-Programm und seine Methoden kennenlernen. Zentrale Themen sind die innere Haltung, der kollegiale, einrichtungsübergreifende Austausch mit anderen Kitas und die Stärkung eigener Ressourcen. Hierzu gibt es sechs verschiedene Weiterbildungsmodule (Anlage 4). Außerdem wird einmalig eine Inhouse-Schulung für das gesamte Kita-Team angeboten.
- 2. Das Eltern-Programm Die Erzieher/innen, die an der sechstägigen Weiterbildung erfolgreich teilgenommen haben, führen in der Kita das Eltern-Programm durch. Wichtig ist hierbei, dass auf niedrigschwellige Zugänge geachtet wird. Das heißt: kostenfrei, leichte Sprache bzw. Einsatz von Bildern, keine Schulatmosphäre, Moderation statt Belehrungen, Eltern als Experten in eigener Sache etc.
- 3. Das Medienpaket "Schatzkiste"
 Jede Kita bekommt zur Durchführung des Eltern-Programms ein Medienpaket in Form einer Schatzkiste. Darin enthalten sind beispielsweise ein Logbuch für die Schatzsuche-Referent/innen, Reisetagebücher für die Eltern und themenbezogene Materialien (z.B. Bildkarten, illustrierte Symbolkarten) für jedes Elterntreffen.

Der erste Weiterbildungsdurchgang in Berlin beginnt im November 2015. Nach derzeitigem Stand der Planungen sollen zwei Weiterbildungsdurchgänge pro Jahr stattfinden. Pro Weiterbildungsdurchgang ist Platz für maximal 8 Kitas. Im Jahr können also 15 bis 16 Kitas an der "Schatzsuche" teilnehmen.

Die Evaluation hat gezeigt: Das Förderprogramm bringt etwas. Auch aus der Praxis sind die Rückmeldungen positiv. Manche Kitas müssen sogar Wartelisten für das Eltern-Programm führen. Besonders hervorzuheben ist, dass sich auch die Erzieher/innen mehrheitlich entlastet fühlen. Auf einmal haben sie lauter kompetente Kinder vor sich. Was die Rückmeldungen auch zeigen: Die "Schatzsuche" hilft beim Perspektivenwechsel und ermuntert dazu, eingefahrene Rituale im Kita-Alltag zu hinterfragen.

Kontakt und weitere Informationen: Jennifer Nickel: schatzsuche@gesundheitbb.de, www.schatzsuche-kita.de

Gesundheit Berlin-Brandenburg Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung



TOP 4: Bericht zum Gesundheitsforum der LGK am 13. Juli 2015

Nancy Ehlert stellt das Gesundheitsforum der Landesgesundheitskonferenz am 13. Juli 2015 vor, das sich dem Thema "Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen – Herausforderungen und Perspektiven für gemeinsames Handeln" widmete (Anlage 5). Akteure aus Politik, Verwaltung, Versorgung und Verbänden sowie interessierte Bürger/innen hatten sich zu einer Podiumsdiskussion zusammengefunden. Diskutiert wurden folgende Aspekte:

<u>Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Berlin</u>

- Bis Ende des Jahres werden in Berlin bis zu 45 000 Flüchtlinge erwartet.
- In Berlin erhalten die Asylantragsteller/innen bisher einen "grünen Schein" von der Zentralen Aufnahmeeinrichtung des Landes Berlin für Asylbewerber (ZAA).
- Die ZMGA steht aktuell aufgrund der langen Bearbeitungszeiten (im Durchschnitt: 34 Tage) in der Kritik. Frau Dr. Wirtmüller, Abteilungsleiterin Gesundheit im LAGeSO Berlin, fordert mehr Personal, um die Bearbeitungszeiten verkürzen zu können.

Perspektiven auf die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen

- Franz Allert (Präsident des LAGeSoGemeinsam mit der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales plant das LAGeSo die Einrichtung einer zentralen Impfstelle.
- Emine Demirbüken-Wegner (Staatssekretärin für Gesundheit Berlin): Der Infektionsschutz vor allem für nichtversicherte Kinder konnte verbessert werden, die dauerhafte Anlaufstelle zur Tuberkuloseuntersuchung wurde etabliert und es wurden zusätzliche Vereinbarungen mit Krankenhäusern für Röntgenuntersuchungen getroffen.
- Dorothee Hillenbrand (Vizepräsidentin der Psychotherapeutenkammer Berlin): Die frühzeitige Identifikation von traumatisierten Flüchtlingen in Einklang mit möglichst muttersprachlichen Therapieangeboten ist von großer Bedeutung.
- Dr._Mercedes Hillen, Geschäftsführerin des Behandlungszentrums für Folteropfer(bzfo): Kompetenz- und Behandlungszentren sind für den Erfolg in der Versorgung und Zusammenarbeit mit Flüchtlingen essenziell.
- Dr. Thea Jordan (Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses der Ärztekammer Berlin): Bei papierlosen Menschen kommt es häufig zu einer Verschleppung von Krankheiten, weil sie aus Furcht vor Abschiebung nicht zum Arzt gehen.
- Burkhard Bratzke (Vorstand Kassenärztliche Vereinigung Berlin): Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen wird es nicht zu einer Überlastung der medizinischen und gesundheitlichen Versorgung kommen.

Diskussion und Ausblick zu Potentialen der Versorgungssituation

- Eine elektronische Chipkarte könnte die Verwaltungsprozesse vereinfachen (geplante Einführung im 4. Quartal 2015).
- Die nachhaltige Finanzierung bereits vorhandener Projekte sowie die Kostenübernahme für Sprach- und Kulturmittler/innen werden für die Zukunft als besonders wichtig erachtet.
- Bei der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen konnten in Berlin schon gute Strukturen und Vernetzungen geschaffen werden.
- Werden die offenen Handlungsbedarfe konsequent angegangen, kann eine qualitative Gesundheitsversorgung für alle geflüchtete Menschen gewährleistet werden.

Gesundheit Berlin-Brandenburg Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung



TOP 5: Diskussion zur Flüchtlingsproblematik

In den öffentlichen Diskussionen um geflüchtete Menschen ist es immer wichtig zu klären, über wen gerade gesprochen wird. Es gibt nicht *die* Flüchtlinge. Sie sind vielmehr eine heterogene Gruppe. Menschen flüchten aus Syrien, Albanien, Mazedonien, Afghanistan. Eritrea, Nigeria, Pakistan und anderen Ländern nach Deutschland. Hier angekommen, erhalten sie zudem noch verschiedene Aufenthaltstitel, die ihnen jeweils unterschiedliche Rechte einräumen. Fachkräfte müssen über diese Unterschiede Bescheid wissen.

Gerade weil die Menschen aus verschiedensten Regionen und Kulturräumen kommen, ist Kultursensibilität ein wichtiges Thema. Hier besteht an allen Stellen Nachholbedarf. Entscheidend ist, aus dem Amtsdenken mit seinen Kategorisierungen herauszukommen. Mit den Frühen Hilfen wurde und wird genau das versucht – weg von den Kategorisierungen, hin zu einer Arbeit, die den einzelnen Menschen in den Blick nimmt.

Wenn Flüchtlingsfamilien in Berlin registriert sind, erhalten sie einen grünen Gesundheitsschein. Mit diesem können sie ambulante Behandlungen in Anspruch nehmen. In den einzelnen Bezirken gehen die Erfahrungen mit dem Gesundheitsschein weit auseinander:

Wie eine Kinderärztin berichtet, ist die allgemeine Versorgungslage in Pankow gut. Das System mit dem grünen Schein funktioniert. Auch eine Impfproblematik sei nicht gegeben.

In Spandau stellt sich die Sache anders dar. Hier gibt es gleich mehrere Erstaufnahmestellen. Der Bezirk ist überfordert und hat in den letzten Tagen sogar eine Zeltstadt errichten lassen. Die Belastung für den KJGD ist sehr hoch.

Auch aus dem Bezirk Mitte wird von anderen Erfahrungen berichtet. Der grüne Schein wird hier als ein erhebliches Problem wahrgenommen. Wenn Flüchtlingsfamilien einmal zum Arzt gegangen sind, haben sie keine Möglichkeit mehr, den Arzt zu wechseln. Ein weiteres Problem: Ist ihr Arzt im Urlaub, dann können sie keinen anderen aufsuchen, weil sie ihren grünen Schein bereits abgegeben haben. Außerdem kommt es vor, dass vom LAGeSo der grüne Schein nicht zuverlässig ausgegeben wird.

Sprachbarrieren und Gemeindedolmetschdienst Berlin

Ein häufiges Problem bei der medizinischen Versorgung von geflüchteten Menschen sind die Sprach- und Kulturbarrieren. Der Gemeindedolmetschdienst Berlin stellt für den Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich qualifizierte Sprach- und Kulturmittler/innen zur Verfügung. Momentan werden Dolmetscher/innen vor allem für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge angefordert.



TOP 6: Aktuelles – Präventionsgesetz

Mit Bezug auf die AK-Sitzung vom 3. Juli 2015 weist Raimund Geene darauf hin, dass mit dem Präventionsgesetz das Impfen verbindlicher wird. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass zukünftig Infektionsketten früher durchbrochen werden können. Außerdem hebt er weitere wesentliche Neuerungen durch das Präventionsgesetz hervor: Das Budget für die Gesundheitsförderung in Lebenswelten steigt auf zwei Euro je Versicherten und Jahr. Außerdem werden eine Reihe neuer Gremien ins Leben gerufen (z.B. ein nationales Präventionsforum) und in jeder Legislaturperiode wird es einen Präventionsbericht geben. Dazu gibt es neue Präventionsempfehlungen für Kinderärzte. Sie sollen zukünftig auch primär präventiv beraten.

Die nächste Sitzung des AK Kind und Familie findet am **6. November 2015** von 10-12 Uhr statt und wird sich mit dem Berliner Familienbericht befassen. Für die darauffolgende Sitzung im Januar wird thematisch die Flüchtlingssituation erneut ins Auge gefasst. Ebenso soll darüber gesprochen werden, wie das Präventionsgesetz angelaufen ist.